

Lotto durch Glücksspielstaatsvertrag weiter auf Talfahrt

Umsätze der staatlichen Lottogesellschaften im ersten Quartal um mehr als 20 Prozent eingebrochen

Tiefe Einschnitte bei der Förderung des Breitensports und sozialer Projekte

Hamburg, 06. April 2010 – Die Lottoumsätze befinden sich weiter auf rasanter Talfahrt. Die staatlichen Lottogesellschaften haben im Vergleich zum Vorjahresquartal von Januar bis März dieses Jahres 21,3 Prozent weniger eingenommen. Hochgerechnet auf den Jahresumsatz bedeutet dies ein Minus von rund 1 Milliarde Euro. In Folge werden den Bundesländern in 2010 mehr als 400 Millionen Euro Steuern und Zweckerträge fehlen. Zahlreiche Projekte aus Sport, Wohlfahrt und Kultur, die aus dem Lotto-Topf gefördert werden, müssen daher mit tiefen Einschnitten rechnen.

Insgesamt werden die Bundesländer bis zum Ende der vierjährigen Laufzeit des Glücksspielstaatsvertrages voraussichtlich rund 14 Milliarden Euro Umsatz und damit 6 Milliarden Euro Steuern und Zweckerträge verlieren. Im Jahr 2004 betrug der Umsatz des deutschen Lotteriemarktes noch 10,8 Mrd. Euro, im Jahr 2009 ist der Umsatz auf 7,4 Milliarden Euro gesunken. Für 2011 wird ein Umsatz von lediglich noch rund 6 Milliarden Euro erwartet.

Unerwartet ist diese Entwicklung nicht. Bereits Ende 2006 hatte das unabhängige ifo-Wirtschaftsforschungsinstitut in einer Studie zum Glücksspielmarkt in Deutschland Rückgänge in dieser Höhe vorhergesagt. Grund sind die massiven Werbe- und Vertriebsbeschränkungen und das Internetverbot, die der Glücksspielstaatsvertrag seit 2007 vorschreibt.

Allerdings gehen die Aufsichtsbehörden mit den Vorschriften höchst inkonsequent um. Während die Verbote mit aller Schärfe gegen gewerbliche Spielvermittler durchgesetzt werden, hat der Deutsche Lotto- und Totoblock (DLTB) seine Werbeausgaben im vergangenen Jahr nochmals gesteigert. Rund 51 Millionen Euro flossen in Anzeigen-, Radio- und Plakatwerbung, wie aus einer aktuellen Statistik der Nielsen Media Research GmbH hervorgeht. Hinzu kommen noch erhebliche Ausgaben insbesondere für die Jackpotwerbung in den Annahmestellen, die nicht von Nielsen erfasst werden. Trotz dieser staatsvertragswidrigen, erheblichen Werbeaufwendungen gelingt es den staatlichen Lottogesellschaften allerdings nicht, die Umsatzeinbrüche aufzuhalten. Insbesondere die von den gewerblichen Spielvermittlern erwirtschafteten Spieleinsätze fehlen. Bis zur Einführung des Glücksspielstaatsvertrages hatten Unternehmen wie Faber, Jaxx und Tipp24 nahezu 20 Prozent zu den Umsätzen der Lottogesellschaften beigetragen. Aufgrund des Staatsvertrages mussten viele ihr Geschäft einstellen oder stark einschränken.

Derzeit analysiert eine Länderkommission im Rahmen der so genannten Evaluierung die Auswirkungen des noch bis Ende 2011 geltenden Staatsvertrages. In Schleswig-Holstein haben die Regierungsparteien CDU und FDP schon jetzt in ihrer Koalitionsvereinbarung festgelegt, den Vertrag nicht fortzusetzen. Andere Länder haben signalisiert, dem Beispiel Schleswig-Holsteins folgen zu wollen.

Der Glücksspielstaatsvertrag war schon in seiner Entstehung heftigst umstritten, weil seine Werbe- und Vertriebsrestriktionen mit einer vermeintlichen „Lottosucht“ begründet werden. Diese ist inzwischen vielfach wissenschaftlich widerlegt worden. Erst vor wenigen Tagen hatte der renommierte Glücksspielsuchtextperte Prof. Tilmann Becker auf einem Symposium der Forschungsstelle Glücksspiel an der Universität Hohenheim erneut die „Lottosucht“ in aller Deutlichkeit als blanken Unsinn bezeichnet. „Die

verantwortlichen Politiker sollten sich jetzt schleunigst mit allen Marktteilnehmern an einen Tisch setzen, um ein vernünftiges Nachfolgemodell für den desaströsen Staatsvertrag zu entwickeln“, appelliert Norman Faber, Präsident des Deutschen Lottoverbandes.